Nummer 203 — Halle, Sonnabend den 30. August 1924 — 50. Jahrgang.

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bankkonto: Bankhaus Reinhold Stecker, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Von dem fünften Strafsenat des Reichsgerichts wurde der kommunistische Parteisekretär Erich Hausen aus Kottbus wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Gesetz zum Schutz der Republik zu drei Jahren Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

*

Vom Schwurgericht München wurde der kommunistische Landtagsabgeordnete Schlaffer zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wegen Teilnahme an dem geheimen Bezirksparteitag der Kommunisten in München.

*

Eine von der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Beuthen einberufene Versammlung wurde von linksradikaler Seite gestört. Es kam zu einer allgemeinen Prügelei mit Stöcken, Tischbeinen und Stühlen. Schupo leerte den Saal.

*

Radio meldet aus Rom, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht von Mussolini empfangen worden ist. Der Unterhaltung wohnte der deutsche Geschäftsträger bei.

*

Am 15. September wird in Rom eine Konferenz der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten zur Erörterung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen eröffnet werden.

*

Wie die „Prawda" aus Zarnzin (Rußland) meldet, wurde dort dieser Tage ein Extrazug mit 427 Sozialisten abgefertigt, die verbannt wurden. Sie werden beschuldigt, eine Agitation gegen die Sowjets betrieben zu haben.

*

Auf Anordnung des militärischen revolutionären Sowjets in Moskau wurde das rote Infanterieregiment in Jelissametpol aufgelöst, weil Soldaten dieses Regimentes sich weigerten, zum Tode verurteilte politische Gefangene zu erschießen. Der politische Kommissar des Regiments wurde von den Meuterern erschossen.

*

Einer Blättermeldung aus Odessa zufolge wurde ein Zug nach Moskau 290 Meilen von Odessa entfernt von Räubern zur Entgleisung gebracht und geriet in Brand. Viele Reisende wurden getötet oder verletzt. Die nächste Station hat Hilfszüge abgesandt.

*

In Kürze soll der Vertrag zwischen der polnischen Regierung und der englischen Firma „British Kontrolled Oil Fields", betreffend die Verpachtung der staatlichen Oelfelder in Galizien, im Umfange von 10 000 Hektar unterzeichnet werden.

*

In Athen begannen in der letzten Nacht in dem großen Pulvermagazin in der Nähe des Arsenals eine Reihe von Explosionen, die auch auf benachbarte Munitionsdepots übergriffen. Mehrere Personen wurden verletzt.

*

Der polnische Finanzminister Grabski beauftragte den Gesandten in Washington, eine Konvention betr. die Regelung der polnischen Schulden in den Vereinigten Staaten abzuschließen. Die polnische Regierung wird in der nächsten Zeit mit allen ihren Gläubigern Verhandlungen betr. Tilgung ihrer Schulden anknüpfen.

*

In Lothringen haben große Manöver der französischen Armee begonnen. Das 20. Armeekorps marschiert auf Saargemünd, das von einer marokkanischen Division verteidigt wird. An den Uebungen nehmen 40 Flugzeuggeschwader von je zehn Flugzeugen teil.

*

Drei deutsche Ingenieure befinden sich zur Zeit in Toulon, um an dem einst deutschen Kreuzer „Metz" Ausbesserungsarbeiten vorzunehmen, die die französischen Ingenieure nicht zustande bringen konnten. Die deutschen Ingenieure werden von Gendarmen bewacht.

*

Nachdem sich das von den brasilianischen Rebellen gehaltene Fort Chides ergeben hat, kann der brasilianische Aufstand als endgültig niedergeschlagen angesehen werden.

*

„Newyork Herald" meldet aus Schanghai, daß der Belagerungszustand verkündet worden ist. Eventuell soll eine Neutralisierung der Stadt und ihrer Umgebung durchgeführt werden. Die amerikanischen Kriegsschiffe sind in den Hafen von Schanghai eingelaufen. Tausende von Personen flüchten aus der Stadt.

*

Wie von den Philippinen gemeldet wird, sind 203 Soldaten der amerikanischen Besatzung wegen Aufruhrs zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Die entscheidenden Verhandlungen.

Einigungsversuche.

Fortgesetzte Fraktionssitzungen im Reichstag.

Die entscheidende Stellungnahme der Fraktionen, sowohl der Volkspartei wie der Deutschnationalen erfolgte in den Fraktionssitzungen am Freitag vormittag, die bereits um 9 Uhr ihren Anfang nahmen, und die auch nach dem Beginn der Plenarsitzung weiter dauerten. Wie die Telegraphen-Union weiter hört, ist abends die Regierung noch zu einer Kabinettssitzung zusammengetreten.

*

Zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen haben im Laufe des Donnerstags Verhandlungen stattgefunden, um einen Weg des Ausgleichs zu finden, der für die Deutschnationalen gangbar ist. Diese Verhandlungen wurden heute, Freitag morgen, fortgesetzt. Ueber ihren Inhalt sind nur Vermutungen möglich, die dann auch von den Berliner Morgenzeitungen reichlich angestellt werden, um je nach Parteieinstellung die Lage zu klären oder zu verwirren. Der „Vorwärts" befindet sich in Wahlkampfstimmung, das „Berliner Tageblatt" hat Angst vor einer „Regierung des Bürgerblocks", die das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Fraktionen sein könnte. Der „Berliner Lokalanzeiger" glaubt, daß eine Reichstagsauflösung vermieden werden kann, während der „Tag" so ziemlich vom Gegenteil überzeugt ist. Bis zur Stunde des Redaktionsschlusses war die Lage im Reichstag nicht geklärt. Der Reichsrat ist für 1 Uhr zu einer Sitzung berufen, um nochmals zu den Gutachtengesetzen Stellung zu nehmen. Wahrscheinlich ist, daß man bis kurz vor der Abstimmung noch nicht übersehen kann, ob das Eisenbahngesetz eine Zweidrittelmehrheit findet oder nicht.

* * *

Der sozialdemokratische Pressedienst verbreitete heute, Freitag, Mittag 12 Uhr, folgende tendenziöse Nachricht:

Berlin, 11 Uhr 35 Min. „Die Deutschnationalen sind zum Umfall bereit. Sie haben soeben dem Reichskanzler erklärt, daß ihre Bedingung die ist, daß der Reichskanzler am 30. August, also morgen, Sonnabend, zurücktritt, und daß ein deutschnationaler Mann an seine Stelle tritt. Außerdem verlangen sie zwei Ministersitze. Auf Grund dieser ultimativen Erklärung ist nicht vorauszusehen, welche Entwicklung die Lage weiter bei der unsicheren Haltung der Deutschen Volkspartei nehmen wird."

*

Das „Wolffsche Telegraphenbureau" teilt mit:

„Die Abstimmungen im Reichstag über die Gutachtengesetze finden aller Voraussicht nach erst Nachmittag statt. Ueber die Haltung der Deutschnationalen ist nichts sicheres zu erfahren. Von Mitgliedern der Fraktion wird erklärt, daß die Deutschnationalen auch nach der Unterredung mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann freie Hand behalten haben."

Des Kanzlers letzter Appell.

Reichstagssitzung am Freitag.

Präsident Wallraf eröffnet die Reichstagssitzung vom Freitag um 10 Uhr 45 Min. Nach Annahme des Diätengesetzes ergreift vor Eintritt in die Debatte über die Einzelberatungen der Gutachtengesetze sofort Reichskanzler Dr. Marx das Wort: „Zur Verkürzung der Debatte will ich gleich zu den von verschiedenen Parteien gestellten Entschließungen und Anträgen Stellung nehmen. Diese Anträge beschäftigen sich fast durchweg mit den Verhältnissen im besetzten Gebiet. Die Reichsregierung kann sich die Gedanken, aus denen diese Anträge hervorgingen, wohl durchweg zueigen machen. Wir haben das Ziel, bei den internationalen Verhandlungen, die der Annahme des Sachverständigengutachtens folgen werden, das zu verwirklichen, was die Anträge verlangen. Wenn dies Ziel nicht erreicht würde, so wird die Reichsregierung die schweren Lasten, die dem deutschen Volke durch die Lasten des Gutachtens zugemutet werden, als vergeblich ansehen.

Die Reichsregierung glaubt nach dem Verlauf der Londoner Konferenz darauf vertrauen zu können, daß dieses Ziel schon vor dem Ablauf der in London vorgesehenen Maximalfrist von einem Jahre erreicht werden wird.

Die Annahme der Londoner Vereinbarungen wird ihr die Grundlage dafür geben, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß alle über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete schon erheblich vor dem Ablauf jener Maximalfrist geräumt werden und daß in den altbesetzten Gebieten eine loyale und gerechte Handhabung des Rheinlandabkommens sichergestellt wird. Solange dies nicht geschieht, ist die Befürchtung begründet, daß die normale Durchführung der wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Sachverständigengutachtens beeinträchtigt ist. Die Reichsregierung nimmt an, daß insbesondere auch die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über handelspolitische Fragen die Erreichung des Zieles der Befreiung von Rhein und Ruhr beschleunigen werden. Die von uns angestrebte Herbeiführung normaler Beziehungen zu Frankreich und Belgien, insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen beiden Nachbarländern erscheint uns nicht in dem von uns gedachten Maße durchführbar, solange nicht die Räumung des Ruhr- und Sanktionsgebietes durchgeführt ist. Wir werden diesen Gesichtspunkt bei den handelspolitischen Verhandlungen für uns maßgebend sein lassen.

Die Reichsregierung kann sich demnach auch den von der Deutschnationalen Volkspartei gestellten Anträgen in ihren Grundgedanken anschließen.

Sie kann ihnen indessen in der vorgeschlagenen Form nicht zustimmen. Die Anträge sind in die Form einer Suspensivbedingung für das Inkrafttreten der Londoner Vereinbarungen gekleidet. Würde diese Form beibehalten, so bestände die Gefahr, daß damit das Ergebnis der Londoner Verhandlungen zu Fall gebracht würde. Die Reichsregierung ist daher der Ansicht, daß der Grundgedanke der Anträge in anderer Weise verwirklicht werden muß und auch verwirklicht werden kann.

Weitere Anträge der Parteien beziehen sich auf die Möglichkeit, daß die Lasten des Sachverständigengutachtens die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigen. Ich möchte in dieser Hinsicht auf die durchaus zutreffenden Feststellungen des Antrages der Deutschen Volkspartei hinweisen, wonach sowohl der Versailler Vertrag als auch das Sachverständigengutachten und die Londoner Vereinbarungen der Reichsregierung ausreichende Mittel an die Hand geben, jeder Ueberschreitung der Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit entgegenzutreten.

Die Reichsregierung wird, wenn tatsächlich eine solche Ueberschreitung droht, von diesen Mitteln rechtzeitig Gebrauch machen. Wie aber der Herr Reichsminister des Auswärtigen bereits gestern dargelegt hat, glaubt die Reichsregierung nicht, daß es zweckmäßig wäre, sich in dieser Beziehung von vornherein auf bestimmte Fristen festzulegen.

Schließlich liegt noch ein Antrag vor, der die Festsetzung einer Endsumme für die deutschen Gesamtleistungen fordert. Das Sachverständigengutachten selbst weist in seinem Schlußsatze darauf hin, daß seine Annahme die Grundlage für ein endgültiges und umfassendes Abkommen über alle Reparations- und verwandten Fragen bilden würde. Die Reichsregierung wird wegen einer solchen endgültigen Regelung zu gegebener Zeit mit den Alliierten in Verhandlungen treten.

Darauf wird in die Einzelberatung der ersten Gruppe der Vorlage, der Bankgesetze, eingetreten. Abg. Koenen (Komm.) lehnt erneut die Vorlage ab.

*

Die Verhandlung des Reichstages dauert bei Redaktionsschluß fort.

Der Bericht über die Sitzung des Reichstages vom Donnerstag befindet sich auf Seite 2.

Parlamentarische Zwischenspiele.

Im Reichstag ist folgender Mißtrauensantrag der National-Sozialisten eingebracht worden: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages." Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat die national-sozialistische Reichstagsfraktion an den Reichstagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie unter Hinweis auf das Verhalten des Präsidenten gelegentlich der Mittwochs-Vorgänge im Reichstag unter Hinweis auf die vom Reichstagspräsidenten im Zusammenhang hiermit vorgenommene „Maßregelung" des Fraktionsvorsitzenden Abg. von Graefe dem Präsidenten das schärfste Mißtrauen ausspricht.

*

Im Auftrage des Bundesvorstandes des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" hat der Oberpräsident Hörsing den Parteivorständen der Sozialdemokratischen, der Zentrums- und der Deutschdemokratischen Partei Mitteilung davon gemacht, daß das Gerücht von der Bildung einer Bürgerblockregierung unter den jetzt mehr als 2 Millionen zählenden Mitgliedern des Bundes große Erregung verursacht habe.

„Wir sehnen," heißt es in dem Schreiben, „Neuwahlen herbei, die beweisen werden, daß die Antirepublikaner aller Richtungen keine nennenswerte Gefolgschaft mehr besitzen." . . . und die, so fügen wir hinzu, dem „Reichsbanner" eine willkommene Gelegenheit bieten würden, sich als parteipolitischer Sturmtrupp der Linken zu erweisen.

Welches sind die Gründe?

Von Dr. Georg Wilh. Schiele.

Eine Darlegung der Gründe für die Annahme erübrigt sich: sie sind naheliegend und darum ohne weiteres verständlich. Die nachstehenden Ausführungen mögen noch einmal dazu beitragen, die ablehnende Haltung zu verstehen und zu achten, auch wenn man sie nicht teilt. Die Schriftleitung.

Gründe wofür? Nun Gründe für Annahme oder Umfall oder Unterwerfung oder Erfüllung oder „Kunst des Möglichen", oder wie man es sonst nennen mag. Wir wollen sie uns in folgendem vor Augen stellen.

Da sind erstens die erschöpften Nerven der Ruhrbevölkerung der besetzten Gebiete.

Gewiß ist es zu verstehen, wenn Abgeordnete aus dem besetzten Gebiete erklären, sie können nicht anders als annehmen. Moderne Abgeordnete sind keine Heroen. Aber dürfen die Souveräne des freien Deutschland sich von dem gleichen Gefühl bestimmen lassen? Die Römer hatten darum den Grundsatz, daß das Schicksal der Gefangenen die Politik nicht bestimmen dürfe. Friedrich der Große verbot es darum in seinem Testament vor der Schlacht bei Leuthen, daß für seine Person auch nur eine Festung oder Provinz gegeben werden dürfe. Der Feind droht, daß er in Mannheim und Dortmund wieder einrücke. Wenn er dadurch den Willen Deutschlands fesseln kann, so ist ganz Deutschland sein Gefesselter, und der Wille eines Deutschen Reiches existiert nicht mehr. Habt ihr Ja gesagt, so hindert nichts den Feind, wieder einzurücken und zu bleiben.

Der zweite ernsthafte Grund ist die Willensschwäche der Nation.

Es ist durchaus verständlich, wenn ein wirklicher Politiker oder Staatsmann oder Parteiführer, welcher das Nein als ein politisches Gebot für uns erkennt, welcher aber zugleich die Aufgaben, die hinter diesem Nein kommen, überschaut, daran verzweifelt, mit diesem Volk etwas Großes zu wagen. Alles ist Brei. Die Parteien sind Brei. Alle öffentliche Meinung ist Brei. Ein solcher Staatsmann aber braucht flüssiges Erz. Aus Brei kann man keine Kanonen gießen, auch keine Glocken, auch keine Brücken bauen in die Zukunft, auch keine Schiffe, welche tragfähig sind. Ein Staatsmann ist nur dann stark, wenn er ein einiges starkes Volk hinter sich hat. Ein waffenloses Volk kann auch stark sein, aber nur, wenn es einen starken nationalen Willen hat. Dieser darf nicht lügeln und nicht rechnen; er muß auf eine elementare Weise wollen. Er muß ein unüberwindliches Naturereignis sein, wie ein Bergstrom, der aus dem Felsengewölbe kommt, ein Urquell von Kraft, den niemand abstellen kann. Wo aber nur siehende, rinnende Gewässer sind, nur Sumpf und Brei, da muß man verzagen.

Ich glaube aber nicht, daß es so in Deutschland aussieht, höchstens daß es an einigen Stellen Deutschlands so aussieht.

Der dritte Grund ist die Angst vor der wirtschaftlichen Katastrophe.

Dieser Grund ist der kleinlichste und der elendeste, und doch der stärkste in der Wirkung. Es ist eine ganz falsche Rechnung, daß mit den lumpigen 800 Millionen, deren Wert in Sachleistungen nach außen abfließt, die Wirtschaftskatastrophe verhütet werden könnte. Wenn sie mit solcher Bagatelle verhütet werden könnte, so könnten wir uns selber helfen. Das Reich hatte ja jetzt fast 700 Millionen Mark übrig, die es der Wirtschaft mit Steuern abgenommen hatte. Auf dem Wege der passiven Handelsbilanz werden wir mit Krediten überschüttet. Kredit kann der deutschen Wirtschaft nichts helfen. Die Krankheit liegt tiefer.

Andererseits ist es ein Irrtum, zu meinen, die Wirtschaftskatastrophe würde nun den Untergang bedeuten. Sie ist zugleich heilende Krise. Kreditkrisen bringen ein Volk nicht um. Wir haben Schlimmeres erlebt. Für gewisse große Unternehmungen wird es sehr bitter sein, obwohl zugleich heilsam. Das Volk als Ganzes arbeitet und lebt ohne große Störung weiter.

Staatsruin geht über Wirtschaftsruin. Es ist ein schweres Verbrechen an der Zukunft des Volkes, wenn wir, um eine Wirtschaftskatastrophe zu verhüten, das Deutsche Reich mit allen seinen Hoheitsrechten verkaufen an fremde Banken, für welche der General Rollet der Exekutor sein soll. Das ist doch, kurz gesagt, der Sinn dessen, was wir vorhaben. Erstens die Wirtschaftskatastrophe kommt doch und zweitens sie ist nur ein Regenschauer gegen den politischen Taifun, welchen wir mit diesem Verkauf heraufbeschwören. Es ist immer schlimm, wenn sogenannte Wirtschaftspolitiker, Industriekapitäne, Bankiers, die Politik leiten wollen. Ihr Blick ist gefesselt und geäfelicht durch die Sorge um ihr Unternehmen.

Der vierte Grund ist die Angst vor der Wahl.

Eine Oppositionspartei, welche die Wahlarithmethik über die wahre große Politik stellt, verspielt ihre Zukunft. Eine Partei, die eine große Sache vertritt, muß dafür in die Wahl gehen, auch wenn sie dadurch auf die Hälfte heruntergekommt. Die politische Macht besteht nicht in der Zahl der Mandate, sondern darin, Träger der großen Ideen der Zukunft zu sein. „Ihr glaubt,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240830018/fragment/page=0001

es könnte durch eine Wahl die Macht an die Sozialisten oder gar Kommunisten kommen? Ihr seht nicht, daß, wenn die Rechte in dieser Wende einer bereschen Zeit versagt, die heroische Aufgabe ganz natürlicherweise an die radikalen Parteien kommen wird. Die radikale Rechte und die radikale Linke werden sich im nationalen Gedanken finden, wenn die Geschäftspolitiker und Wirtschaftspolitiker endgültig versagen.

Endlich als Entschuldigungsmittel noch ein Nachtoitum, ein Schlagwort: „Die Politik ist die Kunst des Möglichen".

Ich wüßte nicht, welchen Umfall, welche Schwäche, welche Unterwerfung, welche Erbärmlichkeit man nicht schließlich damit zudecken könnte. Wir sollten von den Indern und Aegyptern lernen, daß es keine Politik ohne Opfer gibt, daß wir die Zukunft erlangen will, ein Stück Gegenwart opfern muß.

Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen, wenn nicht heute, dann in der Zukunft.

Zum Schluß noch eine Frage:

Es kann aus London folgender Rat: „Sollte bei der Annahme der Londonner Abmachungen auf der Bedingung beschleunigter Räumung bestanden werden, dann dürften die deutschen nationalen Parteien auf die moralische Unterstützung der gesamten Welt und den Beistand aktiver politischer Kräfte in England und den Vereinigten Staaten rechnen."

Alle Achtung! Das heißt die Hand hinstrecken. Das sole ich als eine Aufforderung zum **Nein.** Wenn die deutsche Opposition, die das Schicksal der Vorlage in der Hand hat, Ja sagt, um dann hinterher um Hilfe zu winseln, so wird jeder vernünftige Engländer daraus die Folgerung ziehen, daß mit diesen Leuten überhaupt keine Politik zu machen ist. Wenn Blücher mit seinen Preußen nicht vorweg in die Schlacht bei Ligny einzutreten wagt, so wird es auch Wellington nicht einfallen, die Schlacht bei Waterloo zu wagen.

Ohne Wagnis gibt es keinen Sieg; das gilt nicht nur in der Strategie, sondern auch in der großen Politik. Darum ist Politik nicht nur ein Rechenexempel, eine Schlußsumme aus den Faktoren des Möglichen, sondern eine Willenstat, um das Notwendige, welches unwahrscheinlich und schwierig ist, und welches von selber nicht kommt, hineinzuzwingen in die Welt der Möglichkeit und Wirklichkeit.

Die Sowjetagitation auf dem Balkan.

Nach einer Privatmeldung aus Moskau hat die Sowjetregierung beschlossen, eine selbständige Moldawa-Republik an den Ufern des Dnjestr mit dem ausgesprochenen Zweck ins Leben zu rufen, die Zentrale für die Sowjetagitation unter den Einwohnern Rumäniens und Bessarabiens zu sein.

*

Auf Anregung der Botschafterkonferenz in Paris wird die interalliierte Kommission in Sofia eine Reise durch Bulgarien unternehmen, um sich über die innere Lage Bulgariens zu unterrichten. Gegenstand der Untersuchung ist in erster Linie die kommunistische Gefahr auf dem Balkan. Im Anschluß hieran wird sodann die Frage einer Vergrößerung des bulgarischen Heeres geregelt werden.

Bandenkrieg auf dem Balkan.

Der „Corriere della Sera" erfährt aus Belgrad, daß eine Bande albanischer Komitatschis das serbische Grenzdorf Lempene angegriffen habe. Die Albanesen steckten das Dorf in Brand. Zwei Personen, die das Feuer löschen wollten, wurden getötet, 14 Häuser sind in Flammen aufgegangen. Die Albanesen waren beritten und mit Maschinengewehren ausgerüstet.

Quaatz und Stresemann in Front.

Die dritte Lesung.

Regierungs- und Parteierklärungen im Reichstag.

Das Reichstagsgebäude ist am Donnerstag in weitem Umkreise von mit Gummiknüppeln bewaffneten Polizisten abgesperrt. Obwohl die Absperrung an sich harmlos ist, hat sie bei den Kommunisten blasses Entsetzen hervorgerufen. Scholem stürzt sofort nach Eröffnung der Sitzung an das Rednerpult und erklärt mit gellender Stimme, das Reichstagsgebäude wäre von Spitzeln Severings umzingelt. Man wisse aber in der kommunistischen Fraktion genau, daß heute der Reichstag aufgelöst werde und daß im Anschluß daran die gesamte kommunistische Fraktion verhaftet werden solle. Diese Ausführungen erregen im Hause eine große Heiterkeit. Nunmehr kann in die Tagesordnung eingetreten werden. Nach Erledigung einiger nebensächlicher Angelegenheiten beginnt die

dritte Lesung der Gutachten-Gesetze.

Deutschnationale Entschließungen und Anträge fordern eine Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit zur Herabminderung der Gesamtlast, und ein solcher, der die Regierung auffordert, in einer amtlichen, an die Alliierten abzugebenden Erklärung das im Versailler Vertrag abgepreßte Schuldbekenntnis förmlich zu widerrufen. Als erster Redner tritt der deutschnationale Abgeordnete Dr. Quaatz an das Pult, der sich noch einmal mit dem ganzen Fragenkomplex beschäftigt. Dr. Quaatz führte u. a. aus: Ich erkenne durchaus an, daß ein gewisser Anfang der Räumung da ist. Noch ist aber der Termin ungewiß. Es handelt sich bei dem besetzten Gebiet nicht um Tage oder Wochen, sondern die Rheinländer kämpfen genau wie wir um den deutschen Charakter des Rheinlandes, damit endlich ein Ende gemacht wird mit dem unerhörten und schmachvollen Zustand der jahrelangen Fesselung. Zu den Anträgen der Deutschen Volkspartei möchte ich die Antragsteller auf einen Punkt hinweisen:

Es widerstrebt uns, daß man die wichtigsten Belange der deutschen Wirtschaft, daß man die Voraussetzung für die Hinfälligkeit des Londoner Abkommens allein darauf bindet, daß das Rheinland früher geräumt wird. (Beifall rechts.) Wir meinen, was der deutschen Wirtschaft und den wirtschaftlichen Interessen recht ist, sollte dem Rheinlande wohl billig sein. (Zustimmung rechts.)

Alle die Dinge, die uns am Herzen liegen, haben keine vertragsmäßige Bindung erfahren. Wir müssen der Reichsregierung vorwerfen: Wenn man diese demütigenden Opfer bringt, dann möge man sich nicht hier herstellen und denjenigen Parteien Pflichtwidrigkeit vorwerfen, die gegen das Gutachten sind. Wir haben überdies das Gefühl, daß wir planmäßig von dem Maße der Verantwortung zurückgehalten werden, das uns unserer Stärke nach zukommt. Es ist charakteristisch, daß, wenn wir zusammen mit der Deutschen Volkspartei Wünsche zur Durchsetzung der nationalen Forderungen formulieren, die Demokraten und Sozialdemokraten sie ablehnen.

Der Vorwurf der nationalen Schwäche,

den Abgeordneter Dr. Quaatz gegen die Sozialdemokratie erhebt, gibt dem Sozialdemokraten Sollmann Anlaß zu einer längeren Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen. Nach ihm richtet Reichsarbeitsminister Dr. Brauns noch einige Worte an das Haus, um dann dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Rednerpult Platz zu machen. Dr. Stresemann knüpft an die Ausführungen Poincarés im Senat an und führt aus: Noch immer stehe in Frankreich eine große Macht hinter Poincaré. Die Deutschen, die Poincarés Vernichtungswillen kennen, müßten doch objektiv würdigen, was in London erreicht worden sei.

Das ist etwas anderes als die Tendenz Poincarés, der einfach sagt: Ich habe Deutschland in den Klauen und lasse es nicht wieder los. London hat nicht im Geiste des Poincarismus gestanden. Es besteht aber die Gefahr, daß dieser Geist wieder zum herrschenden in Europa wird, wenn durch Deutschlands Schuld die Verhandlungen scheitern. (Sehr richtig.) Ich sehe nicht, wie in dem Falle der Faden wieder angeknüpft werden kann, wenn wir nicht in irgendeiner Form zur Verständigung kommen, im Parlament oder im deutschen Volke. Ein Kompromiß, wie es in London geschlossen wurde, kann natürlich nicht alle Teile befriedigen, auch uns nicht. Die Annahme des deutschnationalen Antrages, der nach zwei Jahren eine Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit fordert, wäre politisch unklug; denn die Bestimmungen des Londoner Vertrages sind günstiger für uns. Dieselben Kreise, die immer nach Führern rufen, dürfen der Regierung doch keinen Vorwurf daraus machen, daß sie in dieser hochwichtigen Frage von sich aus das Volk über den Inhalt des Dawesgutachtens aufklärt angesichts des Zerrbildes, das von den Gegnern verbreitet wurde. Der Minister wendet sich dann gegen die Kritik, die Dr. Quaatz im einzelnen vorgebracht hat.

Die Deutsche Reichsbahn bleibt in der neuen Organisation durchaus in deutscher Hand.

Das Gerücht ist falsch, daß am 10. Januar geprüft werde, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Es ist auch ganz unzutreffend, daß die deutsche Delegation in London irgendwelche handelspolitischen Bedingungen gegenüber Frankreich eingegangen sei. Am Schlusse seiner Rede geht Dr. Stresemann noch auf verschiedene andere Fragen ein. So entnimmt er aus den letzten Ausführungen Poincarés im Senat die Folgerung, daß die schnelle Aufgabe des passiven Widerstandes s. Zt. nicht ein Geschenk für Poincaré, sondern das Ungelegenste gewesen sei, was ihm für seine Politik habe geschehen können: Sie gab ihm nicht mehr die Möglichkeit, mit den alten Methoden auf die Dauer weiter zu arbeiten, und gab uns die Möglichkeit, aus einer Situation herauszukommen, die unmöglich geworden war aus politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung. Dr. Stresemann weist in diesem Zusammenhang die Darstellung zurück, als habe man eine

Abtrennung des Ruhrgebietes

und des besetzten Gebietes jemals in Erwägung gezogen. Es habe nie einen Kabinettsbeschluß gegeben, der etwas derartiges ausgesprochen habe. Der Minister schließt: Wer den Glauben an das deutsche Volk hat, wer da meint, daß das deutsche Volk nicht untergehen darf und nicht untergehen wird, der sollte auch nicht glauben, daß einzelne Paragraphen eines wirtschaftlichen Vertrages den Gang der Entwicklung aufhalten werden, wenn dieses Deutschland wieder zur Gleichberechtigung unter den Nationen führt. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte.) Dazu werden sich später auch andere Wege finden. Wollen Sie die Zukunft retten, so treten Sie auf den Boden der Gegenwart. (Lebhafter Beifall.) Einige Erläuterungen zu der finanziellen Seite des Londoner Pakts gibt noch Finanzminister Dr. Luther. Dann verliest Fehrenbach eine Erklärung der Zentrumspartei, die darin gipfelt, daß eine Ablehnung deutscherseits als eine totale Verkennung der weltpolitischen Lage empfunden werden würde. Jede Politik, die in diesem Augenblick auf Kosten unserer besetzten Gebiete verderbliche Experimente machen will, wird in uns unerbittliche Gegner finden. Im Namen der Fraktion der Deutschen Volkspartei stellt der Abgeordnete Dr. Zapf fest, daß es unsicher sei, ob neue Verhandlungen die Beseitigung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten erleichtern werden. Es ist ein Gebot dieser entscheidenden Stunde, erneut

Protest gegen die Schuldlüge

einzulegen. Die Anträge der Deutschen Volkspartei seien eine Plattform, auf die alle Parteien treten könnten. Den Anträgen der Deutschnationalen werde, weil dadurch neue Verhandlungen erforderlich wären, die Deutsche Volkspartei nicht zustimmen. Thälmann von den Kommunisten sorgt für einige Heiterkeit, als er die Auflösung des Reichstags verlangt und erklärt, draußen bildeten die Massen Spalier, um das Leidenbegängnis der deutschen Republik mit anzusehen. Nach ihm sprechen dann noch die Abgeordneten Graf Reventlow (Nat.-Soz.) und Schiffer (Dem.). Auf Vorschlag des Vizepräsidenten Dr. Rießer wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten die Spezialberatung auf Freitag vormittag 10 Uhr vertagt.

Die Räumung Dortmunds.

London, 29. August. Der „Times"-Korrespondent in Paris glaubt mitteilen zu können, daß die französische Regierung die militärische und wirtschaftliche Räumung der Stadt Dortmund in wenigen Tagen nach der Veröffentlichung der deutschen Gesetze über die Annahme des Dawesvorschlages vornehmen wird, die Zurückziehung der Truppen aus dem übrigen Teile des Dortmunder Bezirks sei dagegen von den Fortschritten in der wirtschaftlichen Räumung abhängig, wie es in dem Brief von Herriot-Theunis-Hymans an Dr. Marx nach der Londoner Konferenz ausgesprochen worden sei.

Der neue Micumvertrag.

Essen, 29. August. Zu den morgen nachmittag um 3 Uhr in Düsseldorf stattfindenden neuen Micumverhandlungen des Ruhrbergbaues wird berichtet, daß anscheinend beiderseits die Verlängerung des letzten Micumabkommens vom Monat Juli angestrebt wird, und zwar bis zu dem Tage, an dem das Dawesgutachten in Kraft tritt. Dieser neue Micumvertrag würde demnach unbefristet sein, jedoch geht das Bestreben dahin, den beiden Parteien es zu ermöglichen, das Abkommen mit fünftägiger Frist jederzeit zu kündigen.

Zweierlei Maß.

Die Schützlinge französischer Kriegsgerichte.

Ohne Rücksicht auf das Londoner Abkommen, das dieser Tage in Kraft treten soll, fällen die Kriegsgerichte an Rhein und Ruhr ihre Urteile. Gestern berichteten wir über mehrere Fälle. Heute liegt eine Nachricht aus Mainz vor, nach der das dortige Kriegsgericht den Bezirkssekretär der Zentrumspartei in Trier, August Köhler, der seit 7½ Monaten in Untersuchungshaft sitzt wegen Verteilung verbotener Schriften im Jahre 1923, zu einem Jahr Gefängnis verurteilte. Von einem Strafaufschub verlautet nichts, ebensowenig wie bei allen anderen Urteilen der letzten Tage. Nur die Kommunisten erfreuen sich bei den französischen Kriegsgerichten des Amnestiesegens, der von London ausgehen soll, schon heute:

Paris, 29. August. Nach einer Meldung des „Temps" aus Wiesbaden kam heute vor dem französischen Kriegsgericht der Prozeß gegen die deutschen Kommunisten zur Verhandlung. Der **Prozeß wurde vertagt, da die Inkraftsetzung der Amnestiebestimmungen der Londoner Abmachungen bevorstehe.**

*

Sterkrade, 28. August. Die Mannschaften des in der Alleeschule stationierten belgischen Tankgeschwaders waren mit Vorbereitungen zum Abtransport beschäftigt. Plötzlich entlud sich die Pistole eines Unteroffiziers. Die Kugel drang dem 14jährigen Walter Kons aus Bruchhausen in den Kopf. Der Getroffene brach tot zusammen.

Wie das Elsaß französisch gemacht wird.

Einem Privatbrief, der uns aus Straßburg von einem Unternehmer zuging, entnehmen wir folgende Stelle:

„Unseren Jungen — er ist jetzt 10 Jahre alt — haben wir zum Sommeraufenthalt in den Ferien nach Rennes schicken müssen. Zu ganz fremden Leuten. Wir haben von ihnen keine Ahnung, nur müssen wir ihnen den Aufenthalt des Jungen teuer genug bezahlen. Ja wir müssen Sie machen es uns einfach genug. Sein Lehrer war bei uns und sagte uns mit dürren Worten, nähmen wir das Angebot der Schule nicht an, so werde der Junge nicht versetzt. Es ist zum Teufel holen!"

Lillis Vergeltung.

Roman von M. Herzberg.

Amerikan. Copyright 1919 by Lit. Bur. M. Lincke. Dresden 21.

66. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Konradin und Lilli kehrten jedoch erst wieder völlig in das irdische Leben zurück, als sie die ganze Familie Böhmer, Vater, Mutter, Ulrike, Wilhelm und hinter denen die Zwillinge, in ahnungsvoll freudiger Bewegung auf sie zukommen sahen. Und nun gab es einen Jubel ohne Ende.

Dr. Löhmer und seine Frau bewillkommneten Konradin mit warmer Herzlichkeit; sahen sie doch aus Lillis förmlich strahlendem Gesicht, was seine Rückkehr für ihre Tochter bedeutete. Ulrike schüttelte ihm mit schwesterlichen Worten die Hände und Wilhelm schlug ihm in seiner früheren freundschaftlichen Weise auf die Schulter.

„Na, nun bist du wieder der alte liebe Hohenstaufe aus unserer Studentenzeit; heimgekehrt in doppelter Weise!" rief er in einem mit Ernst und Scherz gemischten Tone aus. „Und haben mir beide auch im Felde, du oben im Kopfe, ich unten im Knie, einen tüchtigen Knacks fürs Leben weggekriegt, so soll das unserer Freundschaft und Vaterlandsliebe keinen Abbruch tun, nicht wahr, alter Freund und, wenn ich nicht sehr irre, künftiger Schwager?"

„Nein, gewiß nicht, lieber Wilhelm; du hast in jeder Beziehung das richtige gesagt. — Es ist mir selbst wie ein Traum, daß ich wieder hier sein darf in Ihrer Mitte!" wendete sich Konradin dann an den Hausherrn nebst Gattin. „Die hinter mir liegenden unglücklichen Jahre mit ihren Irrungen mögen von Ihnen, verehrter Herr Doktor und von Ihnen, teure Frau, verziehen und vergessen sein. Ich bitte Sie abermals um die Hand Ihrer Tochter Lilli. Jetzt dürfen Sie sie mir zu unauflöslichem Bunde anvertrauen. Ich will sie hüten und hegen als das, was sie ist: ein unschätzbares Kleinod, ein selbstloses, treues, echt deutsches edles Weib!"

Es klang wie ein feierliches Gelöbnis, nicht nur vor den Menschen hier, sondern auch vor Gott.

„Was Ihnen bereits schon gehört, haben wir nicht mehr zu vergeben; aber meinen und meiner Frau Segen zu Ihrem Bunde wollen wir Ihnen nicht vorenthalten," antwortete der Arzt mit ernster Freundlichkeit.

Darauf schüttelten sich die Männer in stiller Ergriffenheit die Hände und Lilli umarmte ihre Eltern und ihre Schwester mit Tränen in den Augen.

„Nun dem Herzen Genüge geschehen, wollen wir auch den Magen nicht vergessen," sagte dann Dr. Böhmer in anderem munteren Ton. „Unser lieber Gast wird müde und erschöpft sein! Er muß sich stärken, um uns nachher von seinen Erlebnissen erzählen zu können und auf welche Art er der russischen Gefangenschaft entronnen ist, so daß wir die unverhoffte Freude haben, ihn heute hier in Vollip zu begrüßen." —

Das geschah denn auch.

Der Abend war so mild und schön, daß auf der weinumrankten, von einer rotbeschirmten Lampe sanft erhellten Terrasse das einfache, aber wohlschmeckende Nachtmahl eingenommen werden konnte. Und bald darauf lauschten sie alle, auch die Kinder, welchen es heute ausnahmsweise erlaubt wurde, länger aufzubleiben, der Schilderung Konradins von seinen Kriegserlebnissen vor und nach seiner Gefangenschaft, und dabei erfuhren sie erst in vollem Umfange, was Lilli für ihn getan und gelitten, in wie edelmütiger, hochherziger Weise sie für das Weh, das er ihr zugefügt, Vergeltung geübt.

Eine weihevolle und doch frohe Stimmung lag über dem kleinen Kreise, als Konradin geendet. Man fühlte, es war ein Gnadentag, wie ihn das Geschick nur Wenigen vergönnt: voll Liebe, voll Freude, voll Glückseligkeit und Zukunftshoffnung.

Konradin aber war zumute, als habe er nach langem Umherirren die Heimat endlich wiedergefunden.

Einen Monat später wurde in dem Vollüper Landhause eine einfache stille Hochzeit gefeiert. Es wurden keine Reden bei Tisch gehalten und keine Trinksprüche ausgebracht. Ruhig, von innerer Harmonie getragen, verlief das Familienfest. Nicht nur der bittere Ernst der Zeit, auch der Rückblick auf teure Heimgegangene drückte ihm einen Dämpfer auf und vermied laute Fröhlichkeit.

Lilli war sogar entschieden für eine längere Wartezeit gewesen, obgleich sie selbst die Vereinigung mit dem Geliebten glühend herbeigesehnt, und es hatte diesen viele Mühe gekostet, sie zu dieser baldigen Trauung zu überreden. Es hatte ihr wie eine Sünde gegen das Andenken ihres verstorbenen Gatten gedünkt, wenig mehr als ein Jahr nach seinem Tode zu einer neuen Ehe zu schreiten, und sie hatte natürlich auch mit Konradin von diesen ihren Gewissensbedenken gesprochen. Der jedoch teilte sie nicht.

„Ich kannte Bruno so gut wie du, liebe Lilli, und ich weiß, daß ich seiner Zustimmung zu unserer baldigen Trauung gewiß sein dürfte!" entgegnete er ihr zuversichtlich.

„Ich weiß es auch, Konradin, weil ihm mein Glück über alles ging; aber eben darum scheint sie mir ein Unrecht gegen ihn!"

„Es ist keines, Liebling! Er selbst stand hoch über kleinlichen Bedenken. Ob einige Monate früher oder später, seinem Andenken in deinem Herzen wird das keinen Abbruch tun, und in dem meinen sicher auch nicht. Ein Mann wie er wird bei uns beiden einig unvergessen sein!"

So hatte sich Lilli gefügt.

Konradins Einzug in das Haus seiner Väter mit Lilli und den beiden Kindern vollzog sich auch in gleicher Stille und Einfachheit. Die Hausdame hatte es nach vorheriger, sehr reicher Abfindung geräumt und, um ihr Gerechtigkeit angedeihen zu lassen, in tadelloser Sauberkeit und Ordnung übergeben.

Die hohen, düsteren prunkvollen Räume verloren bald ihre erkältende und erstarrende Wirkung, ihr steifes, ungemütliches Ausleben. Mit Lilli kam Glück und Sonnenschein in das alte stattliche Haus. Ihre Gegenwart erwärmte und erhellte es, und heiteres Kinderlachen verscheuchte aus ihm den Geist der Schwermut und Einschüchterung, der Konradins Kindheit und Jugend so einsam und liebeleer gemacht, und auch die Erwins bedrückt hatte.

Freiherr von Romberg beschloß, die Diplomatenlaufbahn aufzugeben, und dafür einen höheren Verwaltungsposten in seiner Vaterstadt anzunehmen.

Den Winter nach seiner Rückkehr verbrachte die kleine glückliche Familie in Königsberg. Sowie es aber Frühling wurde, reisten sie zu den lieben Eltern nach Vollüp, wo sie mit Strempels zusammentrafen, die auch im Rombergschen Stadthause während des Winters hochwillkommene Gäste gewesen waren.

In der herben Schönheit der ostpreußischen Landschaft, der reinen staubfreien Luft des Haffs, dem kühlen Schatten seiner ewigen Wälder, hoben sich Geist und Gemüt, stärkten sich Körper und Nerven bei Groß und Klein.

Konradin und Lilli genossen dort die Wonne, den Zauber ihrer ersten jungen Liebe noch einmal nach. Hand in Hand saßen sie im Vüllüper Forst unter jenem Eichbaum, wo sie ihm das Gedicht gesprochen von dem unversiegbaren Brünnlein im Herzen, das ihre eigene keimende Liebe zu ihm so wunderbar zum Ausdruck gebracht und die sie später dann durch den Opfermut der Tat so selbstlos bewiesen hatte. Jene Liebe, von der es heißt:

Sie fragt nicht viel: „Was ist mein Ziel?
Was gibst du mir zum Lohne?"
Daß sie dich labt und dich beglückt,
Ist ihre Ehrenkrone!

— Ende. —

Masserberg in Thüringen, 800 m hoch.
Hospiz Masserberg
Behagliches Gasthaus am Hochwald gelegen, mit weiter Fernsicht über das obere Schwarzatal. Zimmer mit und ohne Pension. Zentralheizung. Postauto v. Bahnst.: Katzhütte u. Elsfeld. Fernruf 5.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240830018/fragment/page=0002